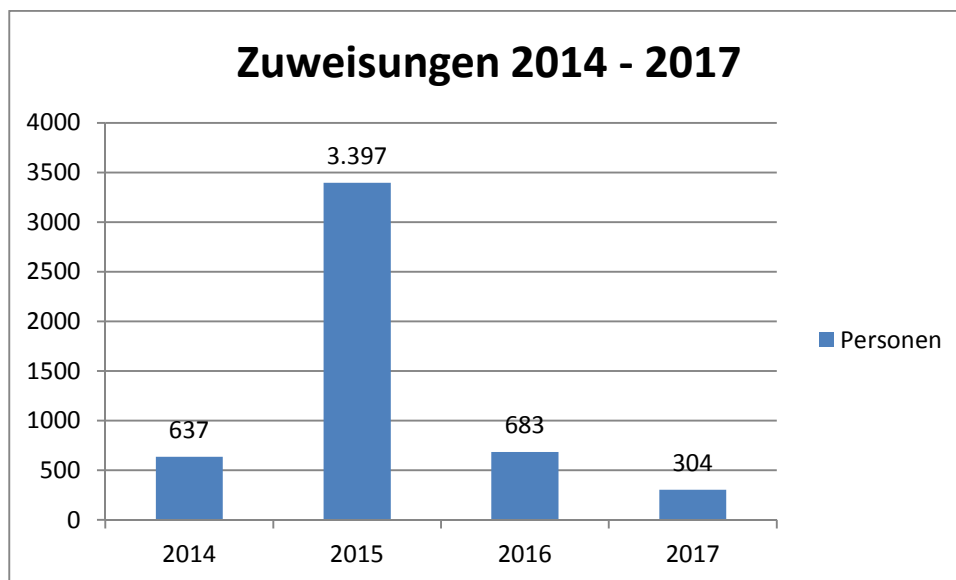


Newsletter – November 2018 – 16. Ausgabe

Auch dieses Mal wollen wir Sie wieder über aktuelle Entwicklungen zum Thema „Geflüchtete Menschen, Zuwanderung und Integration“ informieren:

Zuweisungen an geflüchteten Menschen im Jahr 2018

Im Jahr 2018 hat die Bezirksregierung der Stadt Bielefeld bis Mitte November insgesamt 189 geflüchtete Menschen zur Aufnahme zugewiesen. Das sind deutlich weniger Personen als in den Vorjahren, in denen es wie folgt aussah:



Die wöchentlichen Zuweisungen liegen mittlerweile überwiegend im einstelligen Bereich; zur Erinnerung: Ende 2015 lagen diese wöchentlich im dreistelligen Bereich.

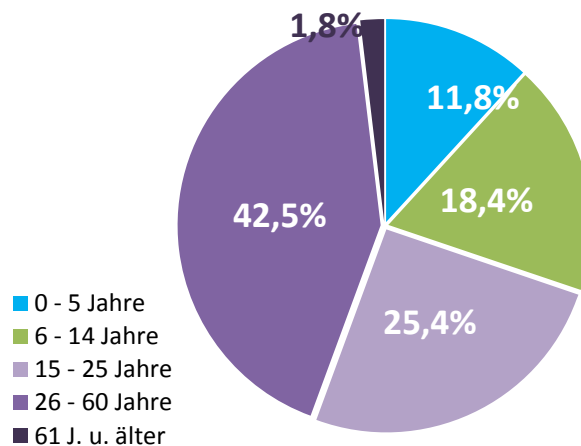
Im diesem Jahr kam wie in den Vorjahren der überwiegende Teil der Geflüchteten aus den Bürgerkriegsländern Syrien (33,9 %) und Irak (32,8 %).

Das Verhältnis Frauen – Männer hat sich deutlich Richtung Frauen verlagert. Während im Jahr 2015 lediglich ein Drittel der zugewiesenen Personen weiblich und zwei Drittel männlich waren, gleicht sich das Verhältnis immer mehr an (2016: 39,8 % Frauen und 60,2 % Männer; 2017: 42,1 % Frauen und 57,9 % Männer). In diesem Jahr beträgt der Anteil Frauen 45 % und der Anteil Männer 55 %.

Im Jahr 2018 kam ein deutlich höherer Anteil der geflüchteten Menschen im Familienverband (81 % - 59,8 % Personen in Familien, 21,2 % Haushaltsvorstände und 19 % Einzelpersonen) - das Ganze allerdings bei einer recht geringen Fallzahl. Damit setzt sich der Trend der Vorjahre fort.

Zuweisungen nach Alter (Stand: 01.08.2018)

Der Anteil der Kinder zwischen 0 und 14 Jahren hat sich im Zeitverlauf seit Januar 2015 bis heute stetig erhöht. Zum 1. August 2018 waren gut 30 % der in Bielefeld lebenden Flüchtlinge jünger als 15 Jahre. Der Anteil der über 60jährigen ist relativ konstant geblieben. Die Anteile der übrigen Altersgruppen haben sich geringfügig verringert.



Familiennachzug

Seit dem 1. Januar 2016 bis Ende Oktober kamen ca. 1.300 Personen im Rahmen des Familiennachzugs zu uns nach Bielefeld.

Wie geht es weiter mit den großen Flüchtlingsunterkünften?

Ende Oktober lebten 1.829 Menschen in städtischen Unterkünften für geflüchtete Menschen – davon 637 Menschen in unseren „großen“ Flüchtlingsunterkünften; 1.192 Menschen wohnten in 386 Dependancen.

In selbst angemietetem Wohnraum leben seit fast einem Jahr 505 Menschen, die zuvor in städtischen Unterkünften untergebracht waren.

Für 2019 ist geplant, bei mindestens 30% der Bewohner*innen der Unterkünfte zu selbst angemietetem Wohnraum zu kommen. Das ist ein ehrgeiziges, aber wichtiges Ziel.

Aufgrund der geringen Zuweisungen und dem relativ verhaltenen Familiennachzug plant das Sozialdezernat, bis spätestens Mitte 2019 das ehemalige Handwerkerbildungszentrum am Kleiberweg, den Containerstandort in der Industriestraße in Sennestadt und den Containerstandort Pestalozzischule an der Otto-Brenner-Straße aufzugeben.

Die Objekte Pestalozzischule und Tieplatzschule in Heepen sowie das Quartier Zedernstraße in Ummeln werden solange als Flüchtlingsunterkünfte genutzt, wie sie tatsächlich notwendig sind. Das Quartier Zedernstraße wird bereits sukzessive in normal vermieteten Wohnraum umgewandelt.

Zahlen zur Arbeitsmarktintegration

Im gesamten Jahr 2017 konnten durch das Jobcenter Arbeit*plus* Bielefeld im Bereich Asyl und Flucht 709 Integrationen in eine Beschäftigung erreicht werden. 2018 weist dieser Trend nach oben. Bis Oktober dieses Jahres fanden bereits 866 Geflüchtete eine Arbeit. Dies ist im Vergleich zu den Vorjahresmonaten ein Plus von 45%. Auch die sogenannte Integrationsquote, die die Zahl der Leistungsbeziehenden zu den Vermittlungen in Arbeit ins Verhältnis setzt, ist im Bereich Asyl/Flucht auf 21,0% (im Vergleich zum Vorjahreswert von 16,5%) gestiegen. Das heißt, rechnerisch konnte circa jeder fünfte Asylberechtigte im SGB II-Bezug im Jahr 2018 vermittelt werden.

Marathonlauf statt Sprint - schnelle Vermittlung kann nicht das einzige Ziel sein.

Der Anteil erwerbsfähiger Geflüchteter an allen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten des Jobcenters Bielefeld liegt bei 15,1 %. Dies sind 3.902 Personen, von denen 3.375 aus einem der acht Länder mit einer besonders hohen Anerkennungsquote stammen: Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.

Im Dezember 2017 arbeiteten bereits 1.400 Personen aus diesen acht Haupt-Asylzugangsländern in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Das Plus gegenüber 2016 liegt bei 61% (+523 Personen). Diese Entwicklung zeigt sich auch bei den geringfügig Beschäftigten mit einem Plus von 37,5%. Positiv ist auch, dass im vergangenen Jahr aus dem Bestand an Leistungsberechtigten des Jobcenters 77 Geflüchtete bereits in der Lage waren, eine Ausbildung aufzunehmen. Auch in diesem Bereich wird für das laufende Jahr eine Steigerung angestrebt.

Der Sozialdezernent Ingo Nürnberger erläutert: „Ich unterstütze ausdrücklich die Strategie des Jobcenters, auf eine langfristige Integration Geflüchteter zu setzen und den Zuwanderern die Zeit und die Möglichkeit für Spracherwerb und die Verbesserung der Qualifikation zu geben. Aktuell nehmen deshalb 1.294 Personen an Integrationskursen und berufsbezogener Deutschsprachförderung und 380 an weiteren Fortbildungen teil. Das hilft den Geflüchteten und den Arbeitgebern und auch dem Steuerzahler, weil damit längerfristig sicherere Einkommensverhältnisse möglich sind.“

Ausgezahlt hat sich aus Sicht des Sozialdezernats auch, dass im Jahr 2016 im Jobcenter ein eigenes Zuwanderungsteam eingerichtet wurde. Hier werden seitdem Know-how gebündelt, Mitarbeitende qualifiziert und muttersprachliche Beratung angeboten. Denn die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten beinhaltet zahlreiche Herausforderungen - neben dem Erwerb von Deutschkenntnissen und Qualifikationen zählen dazu die Überwindung gesundheitlicher Folgen der Flucht sowie die Auseinandersetzung mit Lebensentwürfen und Haltungen, die nicht immer im Einklang mit den Anforderungen des deutschen Arbeitsmarktes stehen.

Zudem hat sich die gute und enge Zusammenarbeit zwischen Arbeitsagentur, Jobcenter, der REGE mbH als städtischer Tochter und dem Sozialdezernat bewährt; diese wird im Rahmen von „Bielefeld integriert“ auch fortgesetzt.

Die Perspektiven für diese längerfristig ausgerichtete Strategie sind in mehrerlei Hinsicht gut: Die große Koalition stellt den Jobcentern mehr Finanzmittel als jemals zuvor zur Verfügung, um die Integration von Arbeitslosen, egal ob mit oder ohne Migrationsgeschichte, zu fördern. Auch die gesetzlichen Fördermöglichkeiten sind verbessert worden. Auch das hilft sowohl den Arbeitslosen mit als auch ohne Zuwanderungshintergrund. Zudem ist der Bielefelder Arbeitsmarkt nach wie vor in einem guten Zustand, die Nachfrage nach Arbeitskräften hoch.

Während die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten immer besser gelingt, geht gleichzeitig der Zuzug immer weiter zurück. Während 2017 noch 1.108 Personen nach Anerkennung ihres Asylanspruchs Leistungen der Grundsicherung beantragt haben, waren es bis September 2018 erst 494 (-42%).

Weiteres Vorgehen im Arbeitsprozess „Bielefeld integriert“

Der Arbeitsprozess „Bielefeld integriert – Umgang mit der Flüchtlingszuwanderung“ wurde im März 2015 gestartet. Seitdem haben viele zivilgesellschaftliche Akteure gemeinsam mit der Verwaltung daran gearbeitet, dass geflüchtete Menschen gut in Bielefeld ankommen und Strukturen für eine gelingende Integration aufgebaut bzw. weiterentwickelt werden konnten. Dieser Arbeitsprozess wurde jetzt auf den Prüfstand gestellt und erneuert. Die Vorlage wurde am 31.10.2018 im Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss des Rats beraten und einstimmig beschlossen (<https://anwendungen.bielefeld.de/bi/vo0050.asp?kvonr=26563&voselect=5583>).

Zum Hintergrund der Neuaufstellung

Die Zahl der neu kommenden Geflüchteten ist mittlerweile stark gesunken. Allerdings erfolgt kontinuierlich eine Neuzuwanderung im Kontext von Familiennachzügen und insbesondere im Rahmen der EU-Binnenwanderung.

Zudem ist zu berücksichtigen, dass in den vergangenen Jahren Fortschritte in der Integration erreicht wurden, gleichzeitig neue Herausforderungen und Entwicklungschancen entstanden sind. Aus vielen geflüchteten Menschen werden schrittweise „zugewanderte Menschen“ mit dem damit verbundenen Unterstützungsbedarf, aber auch persönlichen Ressourcen.

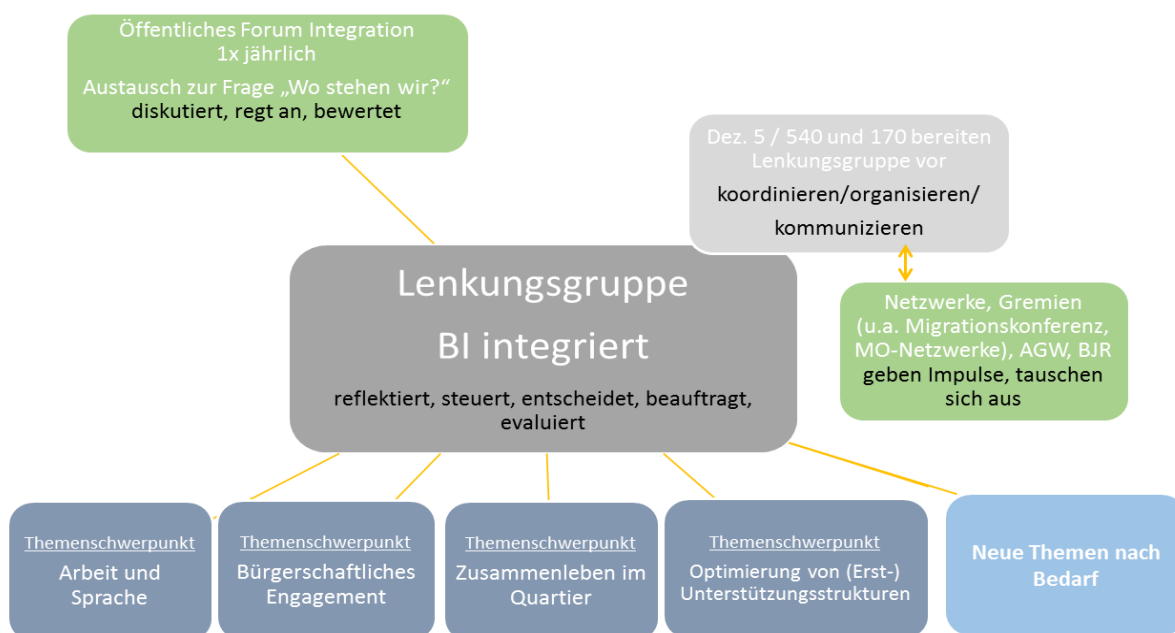
Was ist das Neue?

Vor diesem Hintergrund ist eine engere Verzahnung mit dem weiterentwickelten Bielefelder Integrationskonzept „Diversität, Partizipation und Teilhabe“ notwendig und zielführend. Das Konzept zielt auf die Partizipation und Integration aller zugewanderten Menschen und auf ein gutes Zusammenleben aller Bürger*innen unserer Stadtgesellschaft. Der Arbeitsprozess „Bielefeld integriert“ und das dadurch verstärkte Netzwerk soll für die Umsetzung des Bielefelder Integrationskonzepts genutzt werden und sich deshalb künftig nicht nur mit der Integration geflüchteter Menschen, sondern auch der anderer Zuwanderungsgruppen beschäftigen.

Der Sozialdezernent und die Integrationsbeauftragte arbeiten deshalb schon seit langem eng zusammen und stimmen die Überlegungen und Vorhaben miteinander ab.

Daneben ist auch eine enge Verzahnung des Prozesses mit dem Schul- sowie dem Baudezernat von großer Bedeutung.

Aufgrund der vorgenannten Aspekte werden der Arbeitsprozess „Bielefeld integriert“ und die Handlungsansätze zur Förderung der Integration wie folgt angepasst:



Als Schwerpunktthemen des Arbeitsprozesses sind für die nächste Zeit geplant:

- Arbeit und Sprache
- Bürgerschaftliches Engagement
- Zusammenleben im Quartier
- Optimierung von (Erst-)Unterstützungsstrukturen

Über die Umsetzung wird regelmäßig in den Fachausschüssen des Rats berichtet.

Impressum:



Verantwortlich für den Inhalt: Ingo Nürnberger

www.facebook.com/sozialdezernat

Redaktion: Kerstin Beckmann-Schönwälder

Grafiken: Stadt Bielefeld, Sozialdezernat